

Sozial, ohne rot zu werden? Ein Briefwechsel zwischen Siegfried Gerlich und Benedikt Kaiser

Hamburg, 6. Juni 2017

Lieber Herr Kaiser,

wenn ich recht sehe, sind Sie unter den hier und heute sich selbst der Neuen Rechten zurechnenden Publizisten der einzige, der die »soziale Frage« programmatisch auf die Tagesordnung gesetzt hat, nicht ohne damit ein hartes Licht auf den blinden Fleck vieler »nationaler Frager« zu werfen. In Zeiten eines One-World-Kapitalismus, der nationale Schutzräume und soziale Sicherungssysteme gleichermaßen bedroht, nehmen Sie die durch die vielberedeten Kulturkämpfe unserer Tage gern verdrängten, in Wahrheit aber weltweit wieder hervorbrechenden Klassenkonflikte ins Visier. Eine freundliche Übernahme sozialer Perspektiven legen Sie Rechtskonservativen aber auch deshalb ans Herz, weil die zum Neoliberalismus konvertierten Linkskonformisten sich einstweilen weit mehr für den Aufstieg von Minderheiten als für den Abstieg der Mehrheitsgesellschaft interessieren. Wenn die soziale und die nationale Frage dergestalt wieder enger zusammenrücken, liegt es freilich nur in der Natur der Sache, auf die Idee einer »Querfront« zurückzukommen, obschon die einstmals unter diesem Namen firmierenden Verbindungen und Bewegungen keine unmittelbaren Anknüpfungspunkte zu bieten scheinen.

In Ihrem gleichnamigen Kaplaken-Büchlein geben Sie denn auch zu verstehen, daß es nicht in Ihrem Interesse liegt, etwa den Nationalbolschewismus wiederzubeleben, sondern daß Sie auch in Ihren historischen Streifzügen von dem Erkenntnisinteresse geleitet sind, die strategische Konzeption der Querfront auf ihre aktuelle Brauchbarkeit zu prüfen. Und angesichts der ideologischen Borniertheit der zeitgenössischen Linken leuchtet es ein, daß Sie derzeit keine Voraussetzungen für ein echtes Links-Rechts-Bündnis erkennen können und es Ihnen vielmehr darum zu tun ist, der Neuen Rechten einen gehörigen Linksdrall zu verpassen, um auf diese Weise den Geist der Querfront in unsere Gegenwart hinüberzuretten. So bekennen Sie sich zu Drieu la Rochelles Programm, »linke Politik mit rechten Menschen« zu machen, um auf einen »europäischen Sozialismus« hinzuarbeiten, der eine »auf der Basis eines bewußten Europäertums vollzogene Synthese aus sozialen und nationalen Ideen« bieten würde. In der Tat läßt sich das von Ihnen aufgegriffene »identitäre« Konzept eines in Region, Nation und Europa ausdifferenzierten »Eigene« insofern als ein Stück »europäisches Erbe« begreifen, als es den aus dem mittelalterlichen deutschen Kaiserreich überkommenen föderalistischen und subsidiären Prinzipien verbunden bleibt.

Allerdings staune ich nicht schlecht darüber, daß Sie der Neuen Rechten eine solche euro-sozialistische Revision ihrer veralteten, gleichsam asozial-nationalistischen Auffassungen nahelegen, ohne zugleich auch die von Ihnen selbst wieder zum Leben erweckten Konzepte der Alten Linken für revisionsbedürftig zu halten. Daß die von Ihnen propagierte neue »Einheitsfront« im Zeichen des »Zwillingspaares« Antikapitalismus/Antimperialismus stehen soll, sieht für mich nämlich *theoretisch* nach einer lediglich rechtsabweichlerischen Fortentwicklung

marxistisch-leninistischer Doktrinen aus, und *praktisch* liefere dies wohl auf eine »rechte Politik mit linken Menschen« hinaus.

Hier sehe ich nun Probleme über Probleme. Um mit dem älteren Zwillingsbruder »Kapitalismus« zu beginnen und zunächst nur etwas Altbekanntes in Erinnerung zu rufen: Der von Ihnen verfochtene »Antikapitalismus« ist im 20. Jahrhundert in immerhin mehr als dreißig sozialistischen Staaten, unter denen sich auch zwei imperiale Großmächte befanden, zur materiellen Gewalt geworden, und alle haben sie ihren Karren so gründlich in den Dreck gefahren, daß ihr Untergang nur noch von hartgesottenen Altkommunisten bedauert wird. Im historischen Vergleich mit Stalin oder Mao mag man zwar finden, daß Castro noch eines der kleineren sozialistischen Übel darstellte, aber die Unerschrockenheit, mit der Sie die Kubanische als eine »authentische nationale Revolution« anpreisen und auch anderen lateinamerikanischen Revolutionen Ihren Respekt zollen, als verkörperten diese bereits den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, macht mich doch stutzig. Oder wittere ich zu Unrecht eine apologetische Haltung, wo Sie lediglich sachlich referieren? Von der Regel, daß die von Ihnen geforderte »revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Marktwirtschaft« bislang noch immer zu sozialistischer Plan- und Mißwirtschaft geführt hat, stellt jedenfalls auch Kuba keine Ausnahme dar. Und in Anbetracht der penetranten Regelmäßigkeit sozialistischen Scheiterns wird man sich nicht auf den politischen Dilettantismus und die ökonomische Inkompetenz von Revolutionsführern wie Fidel Castro und Che Guevara herausreden dürfen, sondern auch über die systemischen Gründe nachdenken müssen.

Da Sie hierüber aber kein Wort verlieren und auch keine alternativen Modelle sozialistischen Wirtschaftens ins Gespräch bringen, stimmt mich Ihre ungebrochene Zuversicht, daß beim nächsten Versuch alles ganz anders laufen könne, einigermaßen ratlos. Denn selbst wenn Ihnen keine zentralistische Planwirtschaft »von oben«, sondern eine irgendwie basisdemokratische Selbstverwaltungswirtschaft »von unten« vor Augen stehen sollte, wie sie vielleicht in kleinen Gemeinschaften von Kibbuz-Format funktionieren mag, möchte ich doch zu bedenken geben, daß die Gelingenschancen für eine solche ökonomische Fundamentalrevolution in größeren Gesellschaften gleich null sein dürften. Von daher scheint es mir wenig aussichtsreich, gerade Konservative und Rechte auf eine Utopie verpflichten zu wollen, deren Verwirklichung absehbar nur eine weitere real existierende Dystopie zum Ergebnis hätte.

Wohlgemerkt: Ich unterstelle Ihnen keineswegs, eine Neuauflage der Russischen oder der Kubanischen Revolution zu planen, wenn ich gleichwohl vor der Verführungskraft theoretisch leicht zu formulierender, aber praktisch kaum erfolgreich zu realisierender antikapitalistischer Großprogramme warne. Dabei gebe ich gern zu, daß ich als Ex-Linker, der noch Gulag-Überlebende kennengelernt hat, in diesem Punkt ziemlich unnachgiebig bin – denn nicht zuletzt aufgrund eines solchen, um die Folgen des eigenen Tuns unbekümmerten, gesinnungsethischen Rigorismus habe ich mich beizeiten von der Linken ab- und einem mehr verantwortungsethisch ausgerichteten Konservatismus zugewandt.

Sollte ich Sie hier nun gründlich mißverstanden haben, so belehren Sie mich gern eines Besseren! Anderenfalls würde ich für eine realistischere, freilich auch bescheidenere Querfront plädieren, die statt auf die revolutionäre Abschaffung des

Weltkapitalismus vielmehr auf dessen reformistische Bändigung durch die Stärkung des Nationalstaates aus wäre. Für junge Menschen mit leicht erhöhter Temperatur mag dies langweilig klingen, aber das unausweichliche Scheitern überspannter Erwartungen wäre zweifellos noch unbefriedigender. Jedenfalls scheinen Sie mir den Nationalstaat etwas voreilig abzuschreiben, denn obschon Sie mit guten »identitären« Gründen für eine Erweiterung des nationalen Horizonts in regionale wie in kontinentale Richtung werben, fällt der Nation doch schon aufgrund ihrer Staatsförmigkeit die zentrale Rolle eines Aufhalters neoliberaler Freihandelsinvasionen und globalkapitalistischer Beschleunigungsprozesse zu. Mögen die Nationalstaaten einstweilen auch erheblich an Souveränität verloren haben, so sind deren Regierungen den multinationalen Wirtschaftseliten gleichwohl nicht einfach willenlos ausgeliefert, sondern sie arbeiten willfährig mit diesen an der Entstaatlichung der globalen Wirtschaftsräume zusammen. Die »Deregulierung« der Märkte ist ja kein ökonomisches Schicksal, sondern eine politische Entscheidung gewesen, und entsprechend lägen auch »Reregulierungen«, welche die regionalen, nationalen und europäischen Eigenwirtschaften und Binnenmärkte stärken würden, im Bereich des politisch Möglichen. Als ein Ding der politischen Unmöglichkeit erscheint mir hingegen Ihr Wille, den kapitalistischen Weltmarkt im Ganzen abzuschaffen.

Kurz und gut: Ich bekenne mich zu dem sozialkonservativen Glauben, daß nur durch eine »reaktionäre« Wiederherstellung des demokratischen Nationalstaates aus seinen »progressiven« oligarchischen Verfallsformen der bürgerliche Sozialstaat zu retten ist, dessen Grundlagen bezeichnenderweise von dem bekennenden Reaktionär Bismarck gelegt wurden, und der im übrigen ein weit arbeiterfreundlicheres Gesicht gezeigt hat als der von dem Revolutionär Lenin gegründete bolschewistische Arbeiterstaat. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der schon damals sich abzeichnenden Feindschaft zwischen einem revolutionären und einem reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung könnte man jene »Teegespräche«, zu denen sich Bismarck und Ferdinand Lassalle zusammenfanden, geradezu als den Beginn einer wunderbaren Freundschaft zwischen Arbeiterklasse und Staatsmacht bezeichnen. Aber freilich mußte dies bei August Bebel und Wilhelm Liebknecht, den Begründern der anfangs noch entschieden marxistischen Sozialdemokratie, den Argwohn wecken, Bismarck habe mit seinem etatistischen Sozialprogramm nur dem revolutionären Sozialismus das Wasser abgraben wollen. Und später sollte ein Lenin sogar so weit gehen, die von der Ausbeutung der Kolonien profitierende und darüber revolutionsmüde gewordene westeuropäische Arbeiterklasse insgesamt als eine »bestochene Arbeiteraristokratie« zu denunzieren.

Bevor ich aber zum jüngeren Zwillingenbruder »Imperialismus« komme, möchte ich es mit dieser provozierend wohlwollenden Erinnerung an die reformistische Tradition der Sozialdemokratie erst einmal bewenden lassen – nicht ohne Sie abschließend ganz unrhetorisch zu fragen, ob Sie diese tatsächlich grundsätzlich ablehnen und allein einen revolutionären Sozialismus gelten lassen, wie ich es Ihrem Büchlein zu entnehmen glaube? Mit anderen Worten: Kann es auf die soziale Frage nur eine sozialistische Antwort geben?

Mit besten Grüßen aus dem kühlen Norden
Siegfried Gerlich

Schnellroda, 11. Juni

Lieber Herr Gerlich,

ich danke Ihnen herzlich für Ihre Zeilen – nicht zuletzt deshalb, weil es ermöglicht, einige (durchaus naheliegende) Mißverständnisse zu klären.

Zunächst stimme ich Ihnen zu: Tatsächlich betrachte ich die Blindheit vieler Konservativer und Neurechter, wenn es um dezidiert soziale und solidarische Ansätze politischer Theorie und Praxis geht, mit einiger Sorge. Die Altlast des bieder-bürgerlichen Antikommunismus, den nicht nur Armin Mohler mit guten Gründen verspottete, belastet offenbar bis in die heutige Zeit die Denkstruktur der rechten Spektren. Die konvenable Kritik der gesellschaftlichen und politischen Paradigmen des Liberalismus geht in der Folge zu selten einher mit einer Kritik auch der wirtschaftlichen Grundannahmen unseres Zeitalters. Dabei ist der zeitgenössische – von F. C. Weiskopf in seinem Roman *Inmitten des Stroms* so genannte – *Homo insapiens et asocialis* ja nicht im luftleeren Raum entstanden. Der Typus des „jeden sozialen Verantwortungsgefühls baren Trieb- und Genußmenschen“ ist vielmehr das direkte Produkt aller drei Sphären des Liberalismus. Daß diese drei Geschwister nicht voneinander zu trennen sind, weil sie elementar verwoben sind und für eine volle Entfaltung ihrer selbst einander bedingen, wußte schon Arthur Moeller van den Bruck. Nach ihm akzentuierten viele linke und rechte Denker diesen Aspekt, heute stehen hierfür allen voran die Namen Jean-Claude Michéa, Alain de Benoist oder auch Thor v. Waldstein.

Daß diese Hypothese indes häufig geleugnet oder abgeschwächt wird, hat, so meine ich, auch damit zu tun, daß ökonomischer Antiliberalismus *a priori* mit sozialistischen Experimenten des 20. Jahrhunderts gleichgesetzt wird. Auch Sie tappen – zumindest für meinen Geschmack – in die Falle bürgerlich-liberaler Denkstruktur, wenn Sie aus meinem kaplaken-Band *Querfront* herauslesen zu meinen, die Bezugnahme auf Pierre Drieu la Rochelles Maxime „linke Politik mit rechten Menschen“ bedeute, einen „europäischen Sozialismus“ zu reaktivieren, ja den Versuch, eine „euro-sozialistische Revision“ rechter Weltanschauung vorzulegen. Linke Politik mit rechten Menschen zu forcieren meint – das muß für die weitere Diskussion betont werden – in dieser zugespitzten Sentenz Drieus, eine inhaltliche Arbeit zu betreiben, die als Axiom das „gründliche Bewußtsein der sozialen Unordnung“, „bewirkt durch den dekadenten Liberalismus, durch einen Kapitalismus bar jeder Tugend“ aufweist, zugleich aber eines Typus bedarf, der „Sinn für Autorität“ wie auch das „unzerstörbare Gefühl für das Vaterland bewahrt“. Aus diesen (sicherlich auch emotional-moralisch intendierten) Maximen folgen, mit Drieu gedacht, alle weiteren spezifischen und ausdifferenzierten, rationaleren Überlegungen. Ein stets auf der Höhe der Zeit und der aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse stehender Antikapitalismus, der zu

diesen Folgeüberlegungen zu rechnen ist und den jede Generation anhand der sie betreffenden technischen, sozialen, kulturellen (etc.) Herausforderungen neu formulieren muß, ist gänzlich unbefleckt von historischen Altlasten des realexistierenden sozialistischen Lagers, dem er schon deshalb nicht zugerechnet werden kann, weil er aus einer anderen *famille spirituelle* stammt als orthodox marxistisch-leninistische Experimente aus der Zeit des „Kalten Krieges“. Stalin und Mao haben hier also nichts verloren, aber es muß nüchtern sagbar sein, daß – wie ich eben in *Querfront* anführte – die Kubanische Revolution selbstredend eine „authentische nationale Revolution“ gewesen ist, in deren Verlauf man sich mit nationalen und sozialen Motiven, die sich mithin überlappten (wobei lange erste überwogen), gegen die eigene, volksferne Feudaldiktatur wandte, die seitens einer westlichen Hegemonialmacht gestützt wurde. Das sagt gleichzeitig nichts darüber aus, ob die gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Kompetenz der Castro-Regierungen positiv oder negativ eingestuft wird; die anhaltenden Probleme Kubas – ob extern oder intern verursacht – sind freilich bekannt. Dasselbe gilt für die von Ihnen angesprochenen weiteren lateinamerikanischen „Revolutionen“, von denen Sie schreiben, ich würde ihnen „Respekt zollen, als verkörperten diese bereits den Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Das muß Sie nicht stutzig machen, weil es schlichtweg nicht zutrifft. Respekt zolle ich etwa der venezolanischen Regierung für ihren Versuch eines eigenständigen Weges jenseits der westlichen Marktlogik, für das Streben, Souveränität und Selbstbestimmung zu bewahren. Als Beispiel für einen Sozialismus der Zukunft eignet sich das aufgrund vieler Faktoren heute wahrlich darbende Land zugleich denkbar wenig. Ideen eines Heinz Dieterich beispielsweise, der – wenngleich er das heute nicht mehr hören möchte – als Vordenker hinter wesentlichen Aspekten des „Chavismus“ steht, etwa das Konzept einer „Zeit-“ oder einer „Äquivalenzökonomie“ erdachte, in der Arbeit mit „Arbeitszeit-Inputs“ (Zeiteinheiten) vergolten wird, halte ich für naiv bis skurril, bestenfalls irritierend, während Sie es irritiert, daß ich hierüber kein Wort verliere in meinem Büchlein. Nun: Es richtet sich vor allem an das „eigene Milieu“ des kämpferischen Konservatismus, der Neuen Rechten, und primäres Anliegen der kleinen Arbeit war es, die Notwendigkeit einer (sozialen, solidarischen) Neujustierung politischer Theorie und Praxis kursorisch zu thematisieren. Zweck der Arbeit war es aber gerade nicht, Sozialismusversuche des 20. und 21. Jahrhunderts zu untersuchen, einzuordnen – oder gar zu entwerfen. Daher bitte ich um Pardon, wenn ich Ihnen bei der Lektüre das Gefühl gegeben haben möge, „ungebrochene Zuversicht“ auszustrahlen, was große Entwürfe jenseits des Kapitalismus anbelangt. Hier muß ich passen. Das fügt sich weder in einen einzigen kaplaken-Band ein, noch habe ich solche Patentrezepte. Jahrzehnte konservativer Untätigkeit auf diesem Gebiet können wir nicht in Monaten nachholen, aber wir müssen die Diskussionen beginnen, wir müssen hier gemeinsam vorankommen.

Worum es meines Erachtens daher gehen muß, ist eine Debatte zu entfachen, ob neurechtes Denken jenseits kapitalistischer Logik möglich ist oder ob man nur Einzelfragen (Zuwanderung, Geschichtspolitik usw.) anders ideologisch bewertet und praktisch behandeln möchte. Es gilt, diese Debatte zu führen und voranzutreiben – und anschließend die entsprechenden Rückschlüsse zu ziehen. Im besten Fall entwickeln sich im „Diskurs“ neue Ideen und Lösungsansätze. Von dem Willen, den Sie mir zuschreiben, „den kapitalistischen Weltmarkt im Ganzen

abzuschaffen“, ist dieser Ansatz, Sie merken es, weit entfernt. Ein solch ungeheures Maximalprogramm ist in so weiter Ferne, daß der Wille wohl früher oder später aufgrund nicht gehaltener Erwartungen schlapp machen würde. Alain de Benoist wies in *Am Rande des Abgrunds* dementsprechend darauf hin, daß es unmöglich sei, einen globalen Wandel herbeizuführen. Daher müsse man endlich beginnen, eigene „Räume der Freiheit und des Miteinanders zu schaffen“, also Inseln gelebter Alternativität und Solidarität jenseits des kapitalistischen Betriebes. Diese Aufgeschlossenheit erfordert etwa auch, daß man innovativen nichtkapitalistischen Ideen und Projekten mit intellektueller Neugierde begegnen sollte, ob es nun um neue Allmende/Commons/Gemeingut-Ansätze geht, um Diskussionen zur (von mir kritisch gesehenen) *Sharing economy* oder auch um Visionen konkreter Transformationswege der heutigen Produktionsweise. Derjenige zukunftsgerwandte Konservative oder Neurechte, der den *Status quo* des gegenwärtigen (digitalen, finanzmarktbasieren, teils postindustriellen) Kapitalismus für kritik- und überwindenswert befundet, wird nicht umhin kommen, zu prüfen, was von den wesensgemäß und weltanschaulich zum Teil erheblich verschiedenen „postkapitalistischen“ Ansätzen zu halten ist, wo man Anschlußpunkte findet, was sich anzueignen lohnte oder was es zu ignorieren und zu verwerfen gelte. Zu verwerfen gilt, jedenfalls nach meinem Dafürhalten, auch Ihre romantische Annahme, man könnte „zurück“ zu einem Zustand der Kooperation im Stile Bismarcks. Man käme mit ihr in die heikle Region einer rückwärtsgerichteten Utopie, in der die Vorstellung herrscht, man habe es mit einem Stadium des Kapitalismus Mitte spätes 19. Jahrhundert zu tun, wo man *qua* Verträgen und Sozialpartnerschaften mit Großunternehmen Widersprüche löste oder zumindest auf ein erträgliches Maß reduzierte. Nichts schiene mir (heute!) falscher. Es gibt beinahe keine nationale Bourgeoisie mehr, mit der zu kooperieren wäre, und wenn es sie noch in größerer Zahl gäbe, müßte man gerade sie für die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Verantwortung nehmen, ja als Gegner bestimmen. Wie dem auch sei: Die heutige transnational denkende und handelnde besitzende Klasse – speziell in Deutschland, aber auch anderswo – optiert aus eigenem materiellen (und zum Teil ideologischen) Interesse für offene Grenzen, freie Märkte, gesellschaftliche „Pluralisierung“. Die Angehörige dieser herrschenden und besitzenden Klasse handeln als privilegierte Akteure des Kapitalismus in Tateinheit mit der tonangebenden politischen „Kaste“. Beide – wirtschaftliche und politische Oligarchie – sind heute entkoppelt vom „Volk“ als politischem Subjekt, bekämpfen das – sich teilweise noch diffus äußernde – Aufbegehren erster unzufriedener Bürger in bewährter Kooperation mit dem linksliberalen Medienblock. Die Kluft ist da, sie wird über die Jahre hinweg weiter wachsen, und auf ebendiese Spaltung hinzuweisen, sowie auf die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Macht des Finanzbürgertums und der Großkonzerne einzudämmen oder gar zu „brechen“: Das hat nichts mit dem – von Ihnen, nicht von mir ins Spiel gebrachte – ideologisches Wunschbild eines „revolutionären Sozialismus“ zu tun, aber viel mit einer realistischen Lageeinschätzung, die in längst vergangenen Zeiten mal eine rechte Domäne gewesen ist. Die politische Rechte des 21. Jahrhunderts *muß* sozial werden – das kann ihr durchaus gelingen, ohne rot zu werden. Aber mit ängstlichen, altnationalen Reflexen und willfähriger ideeller wie habitueller Anpassung an die herrschenden ökonomischen (und in der Folge: politischen) Verhältnissen kommt

sie, wie man sieht, nicht weit. „Entweder“, so Thor v. Waldstein im Sammelband *Die entfesselte Freiheit* zutreffend, „kommen endlich die ‚linken Leute von rechts‘, oder es kommen überhaupt keine Leute von rechts.“

Beste Grüße
Benedikt Kaiser

Hamburg, 20. Juni 2017

Lieber Herr Kaiser,

haben Sie vielen Dank für Ihr freundliches Antwortschreiben, in dem Sie zumindest *ein* zentrales Mißverständnis meinerseits benennen, an welchem Sie aber vielleicht nicht ganz unschuldig sind, sodaß ich es nur teilweise als ausgeräumt betrachten kann. Wenn Sie nämlich, was »Maximalprogramme« und »große Entwürfe jenseits des Kapitalismus anbelangt«, nunmehr bescheiden einräumen, »keine Patentrezepte« zu haben und »passen« zu müssen, so erleichtert mich dies zwar ungemein, aber dazu will doch nicht recht passen, daß Sie in Ihrem Querfront-Büchlein der Imperialismusschrift von Lenin, der darin in der Tat ein maximalprogrammatisches Patentrezept ausstellte, vollmundig unverminderte Aktualität bescheinigen.

Gleichviel: An Ihrer Werbung für »Alternativität und Solidarität jenseits des kapitalistischen Betriebes« habe ich so wenig auszusetzen wie an anderen Versuchen, ein richtiges Leben im Falschen zu führen, und selbst an Ihrer Charakterisierung meiner Bedenken als »bürgerlich-konservativ« nehme ich keinen Anstoß, solange Sie mich nicht des Wirtschaftslobbyismus bezichtigen. Grundsätzlich zustimmungswürdig, obschon um andere Weltübel ergänzungsbedürftig, finde ich auch den von Ihnen bekenntnishaft zitierten Satz Drieus, nötig sei eine politische Arbeit, die auf dem »gründlichen Bewußtsein der sozialen Unordnung« beruht, welche durch einen »dekadenten Liberalismus, durch einen Kapitalismus bar jeder Tugend« hervorgerufen worden sei. Und wenn mich dieses Zitat in seinem moralistischen Impetus auch an P. J. Proudhon erinnert, der von Marx wegen seines kleinbürgerlichen Anarchismus attackiert wurde, so bestätigt dies wiederum nur, daß Sie tatsächlich als Angehöriger einer anderen »famille spirituelle« argumentieren, und es erklärt nicht zuletzt, warum Sie sich so »gänzlich unbefleckt von historischen Altlasten des real-existierenden sozialistischen Lagers« wähnen.

Allerdings bleibe ich weiterhin skeptisch gegenüber der unbefleckten Empfängnis »reiner« Theorie, auf die sich ja auch linke Denker gern herauszureden pflegen, nachdem genügend Proben aufs Exempel gemacht und nie bestanden wurden; denn immer, wenn Revolutionäre zur politischen Tat oder Untat schritten, war es um die reklamierte Jungfräulichkeit ihrer Utopie geschehen. Ich will Sie, als Experten auf

diesem Gebiet, aber nicht über die überraschenden Wahlverwandtschaften unterschiedlicher geistiger Herkunftsfamilien belehren, sondern lieber auf ein Mißverständnis Ihrerseits aufmerksam machen, das immerhin einen wichtigen Punkt unseres Dissenses betrifft: So machen Sie gegen meine Rettungsabsicht des National- und Sozialstaates geltend, es gäbe »keine nationale Bourgeoisie mehr, mit der zu kooperieren wäre«. Das sehe ich nun ganz genauso, und darum habe ich als Kooperationspartner gerade nicht die wirtschaftlich herrschende Klasse empfohlen, sondern vielmehr den zu einer politischen Kaste verkommenen Staat, der sich durchaus auf seinen ursprünglichen Daseinszweck zurückbesinnen könnte, gegenüber den Privatinteressen der Ökonomie eine maßgeblich am Gemeinwohl ausgerichtete Politik zu betreiben. Daß die von Ihnen festgestellte und für unsere globalistische Epoche fraglos charakteristische »Tateinheit« politischer und wirtschaftlicher Eliten gleichwohl keine überall vorfindliche und unveränderliche Gegebenheit ist, sondern durch eine Renationalierungspolitik durchaus aufgebrochen werden kann, zeigt doch gerade die gegenwärtige antiglobalistische Tendenzwende in mehreren osteuropäischen und sogar den mächtigsten angloamerikanischen Staaten (was natürlich nicht heißt, daß man es dort besonders geschickt anstellte und dabei nicht auch mit Risiken und Nebenwirkungen zu rechnen wäre).

Daher leuchtet mir nicht ein, inwiefern meine Verteidigung des Nationalstaates »romantischer« Natur sein sollte. Ein starkes Stück »politischer Romantik« bieten Sie allemal selbst, wenn Sie sich zu dem »unzerstörbaren Gefühl für das Vaterland« bekennen, welches sich nach Ihrer Verabschiedung des Staates aber doch unweigerlich in eine auch von keiner anderen Macht mehr geschützte Innerlichkeit auflösen würde. Überhaupt scheint mir Ihre »realistische Lageinschätzung« nur die liberale Lektion des »It's the economy, stupid!« zu wiederholen, die freilich immer auch ein linker Gemeinplatz gewesen ist: Wie schon Marx sein rein ökonomistisches Staatsverständnis, welches der Eigengesetzlichkeit des Politischen kaum Rechnung trug, von der liberalen Nationalökonomie übernommen hatte, so behauptete später Lenin die nationalstaatliche Unreformierbarkeit der kapitalistischen Krisenökonomie, welcher vielmehr eine unaufhaltsame Tendenz zu imperialistischer Expansion innewohne. Und nach Maßgabe desselben reduktionistischen und deterministischen Ökonomismus verschnüren schließlich auch Sie Kapitalismus und Imperialismus zu einem »Kausalzusammenhang ohne Chance auf Trennung«.

Damit komme ich endlich zum jüngeren Zwillingbruder »Imperialismus«: Daß die seinerzeit kapitalistisch fortgeschrittensten Länder in Anbetracht von Überakkumulation und Unterkonsumption längst zur Erschließung von neuen Anlagemöglichkeiten fürs Kapital und Absatzmärkten für Waren übergegangen waren, hatte Lenin bei J. A. Hobson gelernt. In seiner weitergehenden Annahme aber, der Monopolkapitalismus wäre ohne solches imperialistische Ausgreifen in Übersee bis zur vollständigen Aufteilung der Welt unweigerlich zusammengebrochen, konnte sich Lenin keineswegs auf Hobson berufen, der realistischer damit rechnete, daß sich das Problem der Absatzkrisen durch eine zur Hebung der Massenkaufkraft beitragende aktive Sozialpolitik bewältigen ließe. Vor allem aber hatte Hobson die mangelnde Rentabilität der imperialistischen Kolonialherrschaft herausgestellt, von der lediglich das Finanzkapital profitierte, während die Staatsmächte für die zivile Verwaltung und militärische Sicherung der

Kolonien allemal draufzahlten. Und für Joseph Schumpeter stellte der ausgerechnet in Zeiten eines durchrationalisierten Kapitalismus auftrumpfende Imperialismus sogar einen »irrationalen Atavismus« dar: ein letztes Aufbäumen durchweg vorkapitalistischer, noch absolutistisch geprägter politischer Machteliten aus Adel und Militär, die eben nicht aus ökonomischem Kalkül, sondern aus politischem Prestigestreben Eroberungsprojekte auf den Weg nach Afrika brachten, nur um dort, koste es was es wolle, einen »Platz an der Sonne« zu ergattern. Hannah Arendt schließlich schüttelte nur noch den Kopf darüber, daß zu einer Zeit, als »der ökonomische Faktor längst dem imperialen zum Opfer gefallen war«, sozialistische Theoretiker sich weiterhin damit abmühten, die »Gesetzmäßigkeit des Imperialismus« zu entdecken. Diese Ihnen zweifellos bekannten Einwände gegen Lenins Imperialismustheorie scheinen mir jedenfalls auch auf die unausgesprochenen konzeptionellen Prämissen Ihres Antimperialismus zuzutreffen!

Beim historischen Imperialismus spielten eben weniger ökonomische Antriebe als der politische Wille zu einem imperialen Dasein die entscheidende Rolle, und insofern stellte er, wie Arendt bemerkte, weniger das letzte Stadium des Kapitalismus als die erste politische Herrschaftsform der Bourgeoisie dar. Anders gesagt: Nicht der Monopol- und Finanzkapitalismus bildete die entscheidende Voraussetzung des Imperialismus, sondern die von einem transnationalen Gestaltungswillen erfüllten europäischen Machtstaaten, die sich schließlich zu einem dissonanten Konzert von Großmächten zusammenfanden. Und hier gaben prestige- und geopolitische Motive den Ton an, zumal sich auch ökonomische Verluste als politischer Gewinn erweisen konnten – etwa wenn es gelang, durch kostspielige Investitionen die koloniale »Peripherie« zu fördern und dem imperialen »Zentrum« gegenüber loyal zu stimmen.

Um die Grenzen eines rein ökonomistischen Imperialismusbegriffs noch deutlicher hervortreten zu lassen, empfiehlt es sich übrigens, die so landläufige wie willkürliche historische Eingrenzung des Imperialismusbegriffs auf die kurze imperialistische Periode der europäischen Geschichte einmal aufzuheben und die Weltgeschichte insgesamt als eine Geschichte des Aufstiegs und Niedergangs von Imperien zu begreifen. In dieser Großperspektive erkennt man nämlich besser, daß die in historischen Zwischenperioden ohne imperiale Zentralgewalt auftretenden Machtvakuen in aller Regel von Chaos und Bürgerkrieg ausgefüllt werden. Jedenfalls nimmt sich unter diesem Gesichtspunkt ein *generalisierter* Antimperialismus, der davon ausgeht, daß eine globale Ordnung gleichberechtigt souveräner Staaten ohne imperiale oder zumindest hegemoniale Mächte wünschenswert wäre, reichlich geschichts- und politikfremd aus, da er die Schutzfunktion und Ordnungsleistung imperialer Gebilde verkennt.

Über weite Strecken hinterläßt Ihr Büchlein allerdings eher den Eindruck, daß Sie einen *spezifischen* Antimperialismus verfechten, der sich ausschließlich gegen die USA richtet, weil diese gegenwärtig eben die einzige Weltmacht darstellen, während China bislang noch eine bloße Großmacht ist und Rußland sogar zu einer Regionalmacht herabzusinken droht. Daher meine Frage: Wäre mit der Ablösung der »unipolaren« durch eine »multipolare« Weltordnung ihr antiimperialistisches Ziel bereits erreicht, oder würden Sie sich dann erst recht für sozialistisch und regionalistisch ausgerichtete anti-imperialistische Mehrfrontenkriege rüsten? Und weiter: Wie soll sich der Expansionismus des US-Imperiums zurückdrängen lassen,

wenn Europa sich nicht zur Wiederübernahme der alten imperialen Rolle eines »Katechon« entschließt – welche es aber doch nur spielen kann, wenn die faktisch hegemoniale Stellung Deutschlands in Europa nicht wiederum aus eurosozialistischen oder ethnopluralistischen Gründen bekämpft wird?

Wie auch immer Sie diese Fragen im einzelnen beantworten: Daß Sie zumindest vorrangig den »westlichen Imperialismus« als Feind bestimmen, scheint mir evident, und gegen diese Feindbestimmung möchte ich zu bedenken geben, daß Sie sich dabei wohl auf Lenin, nicht aber auf Marx berufen können. In seinem Beitrag zur Festschrift für Günter Maschke hat der konservative Marxist Stefan Dornuf, ein Schüler Wolfgang Harichs, drei idealtypische politische Einstellungen zum Imperialismus pointiert auf den Punkt gebracht. Der Linke dekretiert: »Imperialismus ist böse, also darf es ihn nicht geben«. Der Rechte wiederum rebelliert: »Alle anderen sind Imperialisten, also wollen wir Deutschen es auch sein dürfen«. Der Marxist hingegen reflektiert: »Natürlich sind alle Imperialisten – aber welches ist der jeweils vorwärtsweisende Imperialismus?« Tatsächlich hat Marx selbst in dieser Richtung exemplarisch nach den »künftigen Ergebnissen der englischen Herrschaft in Indien« Ausschau gehalten, um in dem kolonialen Eisenbahnwesen die Voraussetzung für eine moderne indische Industrie zu erkennen: »Die Frage ist daher nicht, ob die Engländer ein Recht hatten, Indien zu erobern, sondern ob ein von den Türken, den Persern, den Russen erobertes Indien dem von den Briten eroberten vorzuziehen wäre.« Und Marxens Antwort fiel ganz unmißverständlich aus: »England hat in Indien eine doppelte Mission zu erfüllen: eine zerstörende und eine erneuernde – die Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung und die Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien.« Die »revolutionäre Rolle« der westlichen Bourgeoisie lag für Marx ja nicht zuletzt darin beschlossen, daß sie »die barbarischsten Nationen in die Zivilisation« hineinreißt, und nur folgerichtig sah er in einem fortschrittlichen Kolonialimperialismus eine für rückständige Länder jenseits von Gute und Böse stehende historische Notwendigkeit.

Wäre es nun allzu verwegen oder sogar abwegig, Marxens dialektische Rede von der »Zerstörung« als Voraussetzung der »Erneuerung«, die geradezu nach Schumpeter klingt, zum Maßstab für die Beurteilung jenes »eigentlichen« Imperialismus zu nehmen, der sich am »Scramble für Africa« entzündete? Da Sie die »Mär eines guten Imperialismus« nur müde belächeln können, möchte Sie an jenes unbestreitbar »Gute« erinnern, das den europäischen Imperialismus vor allen anderen historischen Imperialismen auszeichnet: die Abschaffung der Sklaverei in Angriff genommen und weitgehend durchgesetzt zu haben. Und entsprechend wird man etwas ebenso unbestreitbar »Böses« in dem Versuch der »antiimperialistischen Befreiungsbewegungen« Afrikas erblicken dürfen, die einheimische Sklaverei, die in die Anfänge der afrikanischen Geschichte zurückreicht und noch um die Wende zum 20. Jahrhundert die profitabelste ökonomische Institution darstellte, zu verteidigen und in der Periode der Entkolonialisierung sogar wiederherzustellen. – Mit diesem Beispiel, das übrigens Egon Flaig in seiner hervorragenden *Weltgeschichte der Sklaverei* ausführlich behandelt, will ich Ihnen nur deutlich machen, warum mir weder die Dämonisierung des Imperialismus noch die Idealisierung des Antiimperialismus sonderlich imponiert.

Was man mit Marx (und ohne Lenin) dem aktuellen »westlichen Imperialismus« gleichwohl wird vorwerfen dürfen, ist immerhin dies, daß er sich aufgrund seiner neoliberalen Globalisierungsagenda vor allem »zerstörerisch« auswirkt, während es ihm durchaus möglich wäre, auch »aufbauend« zu wirken – etwa, indem er die Eigenwirtschaft in fremden Ländern, aber auch in deutschen Landen förderte. Um dieser seiner »fortschrittlichen« Bestimmung aber gerecht werden zu können, müßte in seinem inneren Machtgefüge zuallererst der Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen wiederhergestellt werden. Denn erst wenn die Staatsmächte nicht länger unter der »Herrschaft des Finanzkapitals« stehen, können sie so frei sein, einen sozialkonservativen Hegemonialismus an die Stelle eines marktradikalen Imperialismus treten zu lassen. – Wäre das eine Konsensbasis?

Mit besten Grüßen
Ihr Siegfried Gerlich

Schnellroda, 5. Juli 2017

Lieber Herr Gerlich,

um direkt zu erwidern: Ja, ich schreibe in *Querfront*, daß Lenins Analyse des Imperialismus als jüngstem, höchstem, neustem Stadium des Kapitalismus (die freilich wiederum auf Analysen anderer zeitgenössischer Denker aufbauen konnte) insbesondere auch angesichts der gegenwärtigen Bedeutung von Finanz- und Industriekapital nach wie vor aktuell zu lesen ist, in Teilen gewinnbringend. Zugleich aber ein „nein“: Das impliziert nicht, daß man Lenins Theorie und Praxis der Jahre 1917 ff. eins zu eins als Leitmotiv wählen könnte oder sollte. Ich halte es gleichwohl mit dem Leipziger Forscher Christoph Türcke, der zu Lenins umfassendem Werk wie auch zu seinen Taten schrieb, daß die Roßkur Lenins „furchtbar“ war „und durch nichts zu rechtfertigen. Aber ausblenden, wogegen sie sich richtete, ist ähnlich ignorant wie minutiös alle Schäden einer Chemotherapie auflisten, ohne auch nur einmal die Krankheit zu erwähnen, gegen die sie erfunden wurde. Aus dem verunglückten Sozialismus lernen kann nur, wer nicht daran vorbeisieht, dass sein Anlass fort dauert“. Mit Anlaß gemeint ist die fortwährende Existenz einer zunehmend „kannibalischen Weltordnung“ (Jean Ziegler), deren Selbstreform nicht in Sicht ist. Ebenso wenig, im übrigen, wie eine „gegenwärtige antiglobalistische Tendenzwende in mehreren osteuropäischen und sogar in einigen angloamerikanischen Staaten“, von der Sie schreiben. Wo ist eine solche Tendenzwende in den von Ihnen genannten Räumen sichtbar? Donald Trumps Regierungsantritt und erste Amtsphase können Sie nicht meinen, der Brexit ist eine Farce, und aus Australien oder von den Caymans sind mir keine antiglobalistischen Entwicklungen bekannt. Was Osteuropa angeht, so gibt es in Ungarn, Polen und

Tschechien die Devise „Grenzen dicht“, immerhin, aber das ist keine Tendenzwende, sondern eine pragmatische, kluge Selbstschutzmaßnahme ohne einen dieser zugrundeliegenden weltanschaulichen Imperativ, der eine Tendenzwende auslösen könnte.

Was nun das weite Feld Imperialismus–Hegemonie–Großräume anbelangt, ist von einem manichäischen Vulgär-Antiimperialismus selbstverständlich Abstand zu nehmen, der in den USA den alleinverantwortlichen Teufel ausmacht, ohne dessen Existenz die Welt in *love, peace and harmony* zusammenfinden würde. Das ist Unsinn, gefährlicher zumal. Zugleich kann und muß aber konstatiert werden, daß die Stabilität der gegenwärtigen Weltordnung, die nun mal von einer globalen Hegemonie der Vereinigten Staaten geprägt ist, zu bröckeln beginnt, was dazu führen dürfte, daß Interventionen – direkte wie im Irak oder Libyen, Mischformen wie in Syrien, indirekte wie in der Ukraine – weiter zunehmen und die Gewaltspirale am Leben gehalten wird. Gleichzeitig wächst Chinas Hunger nicht nur auf Afrika, will Rußland nicht mehr länger als bloßer Verlierer des Kalten Krieges genannt werden, verschärfen sich Widersprüche im Nahen und Mittleren Osten usw. usf. Da jedoch die USA, wie Sie ja einräumen, einstweilen die einzige Weltmacht verkörpern, und sie in diesem Sinne überall „aktiv“ sind (kennen Sie die wunderliche Weltkarte, auf der alle bekannte US-Army-Basen eingezeichnet sind?), und unter Trump gar an einer „arabischen NATO“ mit einem Staat wie Saudi-Arabien arbeiten, und zwar zur Niederhaltung Syriens und vor allem des Iran – da die USA hier überall offensiv und völkerrechtswidrig eigene Interessen vertreten, müssen auch sie zuallererst in den Fokus der Kritik genommen werden. Ich könnte mir aber nun vorstellen, daß die neue Unübersichtlichkeit der globalen Politik zur sukzessiven Bedeutungsabnahme Washingtons führen wird. Will man wieder mal Gramsci hervorkramen, könnte man mit ihm von einer „organischen Krise“ sprechen, in der eine alte große Ordnung keinen Fortbestand mehr aufrecht halten kann, aber eine neue noch nicht denk- bzw. sichtbar ist. In diesem Interregnum kann von einer besonderen Dichte an Gewaltexplosionen, Bürgerkriegen und, allgemeiner, kultureller Regression im Zeichen einer umfassenderen Entzivilisierung ausgegangen werden. Mit Carl Schmitts zeitlosen Untersuchungen und mit auf ihnen fußenden aktuellen Ergänzungen Chantal Mouffes muß in diesem Kontext der Diskussion – USA als Primärziel des Antiimperialismus? – daran erinnert werden, daß die neue Welle des Terrorismus als „das Resultat einer neuen Konfiguration des Politischen“ erscheint, „die für den Typus der durch Hegemonie einer einzigen Hypermacht geschaffenen Weltordnung charakteristisch ist“. Dagegen erscheint mir in der Theorie ein „Pluriversum“ (erneut Schmitt und Mouffe) verschiedener Großräume noch sicherer als der jetzige Zustand, wobei *in praxi* direkt einzuwenden wäre, daß die Konfliktlinien derzeit ja vor allem *innerhalb* bestimmter Großräume aufbrechen – etwa entlang der Frage, ob es im Mittleren Osten eine hegemoniale Rolle des Iran oder der wahabitischen Diktatur der Saudis geben kann. Was aber theoretisch *und* praktisch denkbar bleibt, ist eine multipolare Welt. Hier muß man einige – eigentlich selbstverständliche – Maximen wiederholen: Erstens verträgt die Welt auf Dauer keine unipolare Ordnung, zweitens stellt die westliche Form von Wirtschaft und Politik nur eine von vielen Optionen dar (keineswegs aber eine universalgültige), drittens muß es verschiedene regionale Pole geben (z. B. Europa als eigenständiger, souveräner und starker Akteur), was viertens bedeutet, daß eine Vielzahl an

Entscheidungszentren nötig wären sowie daß ein relatives Gleichgewicht der einzelnen Machtblöcke herzustellen ist, deren Entstehung – fünftens – eine globale Dynamik der Pluralisierung vorauszugehen hat, an deren prozessuaalem, langfristigen Ende – sechstens – ein internationales Rechtssystem stehen müßte, „das auf der Idee regionaler Pole und kultureller Identität basierte, die in Anerkennung ihrer vollen Autonomie miteinander vereint wären“ (Mouffe). In den Worten Friedrich Engels' ist „internationales Zusammenwirken [...] nur unter Gleichen möglich“, weshalb es auch um Europa als *Europa* geht – und nicht, wie wohl leider von Ihnen intendiert, um Deutsch-Europa.

Das ist, zugegeben, sehr idealistisch formuliert und trägt somit die Gefahr in sich, die materiellen und realpolitischen Verhältnisse zu vernachlässigen. Aber man braucht ein Bild, ein Ziel, den Ansatz einer großen Erzählung, um zu wissen, weshalb es im jetzigen Weltsystem nötig ist, die Kritik an der hegemonialen Macht, den USA, zu formulieren, ein langfristiges Gegenbild zu zeichnen, auch wenn dies bisweilen den Vorwurf des Antiamerikanismus mit sich bringen mag.

Zu Ihren interessanten, geschichtswissenschaftlich-spezifischen Ausführungen zu Marx und Indien, zu Fragen des Kolonialismus und seiner Überwindung, zu alledem ist zunächst nicht viel hinzuzufügen, und was es darüber fachspezifisch – und den hiesigen Rahmen dabei wieder sprengend – zu schreiben gäbe, hat bereits Domenico Losurdo in seiner (von Ihnen ja ebenfalls geschätzten) Schrift *Der Klassenkampf* formuliert; da gibt es kein Rad neu zu erfinden.

Die Abschaffung der Sklaverei jedoch als Leistung des westlichen Imperialismus respektive Kapitalismus zu beschreiben, ist ein starkes Stück, war doch der Sklavenhandel kein Randphänomen, sondern ein inhärenter Part der kapitalistischen Prozesse. Wird das Kapital nicht daran gehindert (v. a. durch den Staat, früher durch Kämpfe der Arbeiter usw.), läßt es stets unmittelbar Gewalt zu, entgrenzt es die „Ausbeutung“. Alle sozialen Errungenschaften der letzten Jahrhunderte mußten in unterschiedlichen Kämpfen unterschiedlicher Intensität abgenötigt werden; sie waren kein Geschenk, selten ein Akt der Wohltätigkeit. Und fehlt einmal der Druck auf die Kapitalisten, fehlt überdies eine staatlich gesetzte zivilisatorische Grundstruktur, dann wird das auch heute noch unverschleiert sichtbar: Denken wir doch nicht, wie Sie, so apodiktisch und weitschweifend historisch in bezug auf geschichtspolitische Fragen der Kolonialisierung, sondern denken wir lieber ganz tagesaktuell ans gegenwärtige Libyen, wo – verzeihen Sie die Nennung des Übeltäters – die USA samt einiger europäischer Vasallen für einen *Regime change* sorgten, der für unermeßliche Flüchtlingswellen und die Wiederkehr einer längst vergessen geglaubten Barbarei verantwortlich ist. Mittlerweile gibt es dort, und das ist keine „antiimperialistische“ Greuelpropaganda, offene Sklavenmärkte, wo das Leben des Menschen nichts zählt außer ein paar Dollars für den „Besitzer“. Das ist ein Extrembeispiel, nur häufen sich entsprechende Verfallserscheinungen des schrankenlosen Kapitalismus mit neofeudalen Einsprengeln, nicht zuletzt auch in den arabischen Golfstaaten – also just bei den Vorzugshandelspartnern der westlichen Welt, auf deren Territorien, wiederum: pardon!, die USA flächendeckend Militärstützpunkte unterhalten, um derzeit die syrische (iranische, russische etc.) „Gefahr“ einzudämmen, wo es im übrigen weder Sklavenmärkte, noch Millionen von rechtlosen Gastarbeitern, noch sonstige entsprechende Zivilisationsbrüche gibt,

die *God's own country* und seine Freunde zum Wohle der Wirtschaft und der eigenen hegemonialen Position dulden, betreiben, ausnutzen.

Aber wir wollen ja einen Konsens suchen, und hier schlagen Sie vor, daß „zuallererst der Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen wiederhergestellt werden“ müsse. Ohne Umschweife: Ja, das ist Konsens wohl aller konservativen und neurechten Akteure. Nur: Wie gelangen wir zu dem Punkt? Reichen ein paar staatlich implementierte Gesetze hier, ein paar normative Verschiebungen im gesellschaftlichen Bewußtsein da? Ich glaube nicht. Am Ende hat im Rahmen des Bestehenden immer derjenige die Gestaltungsmacht, der über Geld disponiert (Hans-Jürgen Jakobs). Um den Primat des Politischen gegenüber dem Wirtschaftlichen also herzustellen, benötigen wir das Bewußtsein dafür, daß dies ohne die Überwindung der kapitalistischen Logik nicht zu haben ist. Die gegenwärtig wichtigste Aufgabe für alle gutmeinenden politischen Kräfte wird es daher sein, die zu schützende Demokratie aus der Verzahnung mit dem Finanzkapitalismus und seinen Satrapen in Politik, Gesellschaft und Medien zu lösen; ferner muß das Ziel lauten, die Demokratie wieder als diejenige politische Ordnung herzustellen, die ihre Legitimität, ihr Machtmonopol, ihre Daseinsberechtigung aus der Souveränität des Volkes ableitet. Der „Hauptgegner“ in diesem vielschichtigen politischen Prozeß ist dabei klar: Es ist „der Kapitalismus und die Konsumgesellschaft auf ökonomischer Ebene, der Individualismus auf philosophischer Ebene, die Bourgeoisie auf gesellschaftlicher Ebene und die USA auf geopolitischer Ebene“. Alain de Benoist formuliert hiermit vielleicht keine kompromißbereite Konsenserklärung für die gesamte heterogene politische Rechte, aber er bietet eine kämpferische Ausgangsbasis. Drunter wird es einstweilen nicht gehen.

Beste Grüße
Benedikt Kaiser